

EUD-konkret 3/2010

Europa 2020 - eine kritische Bewertung der neuen EU-Strategie

- 1. Was ist die Strategie „Europa 2020“?..... 1**
- 2. Zieht „Europa 2020“ die richtigen Konsequenzen aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie? 4**
- 3. Forderungen an „Europa 2020“ – Ein Überblick 5**

1. Was ist die Strategie „Europa 2020“?

von Dr. Joachim Wuermeling

Eine „Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ hat die Europäische Kommission am 3. Februar 2010 unter dem Titel *Strategie „Europa 2020“* vorgelegt. Im Zentrum der Kommissionsvorschläge stehen die „Überwindung der Krise“ und die „Vorbereitung der EU-Wirtschaft auf das nächste Jahrzehnt“. Dabei steht „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ im Vordergrund. Der Europäische Rat will die Strategie bei seiner Juni-Tagung annehmen, nachdem er auf seiner Sitzung im März bereits eine Reihe von Änderungen angemahnt hat. Danach dürfte die Strategie das Handeln der Union in den nächsten Jahren politisch maßgeblich bestimmen.

Als umfassende „Offensive für Wachstum und Arbeitsplätze“ bedarf die Initiative laut Kommission der „Mobilisierung aller Akteure in Europa“. Damit ist auch die Europa-Union Deutschland (EUD) angesprochen. Die EUD hatte sich bereits auf dem Bundeskongress am 6.12.2009 für ein

neues, nachhaltiges Wettbewerbsmodell" als Nachfolger der Lissabon-Strategie ausgesprochen und ein gemeinsames europäisches Vorgehen gefordert.

Der Plan löst die Lissabon-Strategie ab, die in diesem Jahr ausgelaufen ist. Im Vergleich dazu will die Strategie „Europa 2020“ angesichts der Herausforderungen durch die Globalisierung und die Wirtschafts- und Finanzkrise eine programmatisch, materiell und institutionell völlig neue Stufe der Wirtschaftsintegration erreichen. Beschränkte sich die Lissabon-Strategie noch darauf, in der nationalen und europäischen Politik dem singulären Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit einen höheren Stellenwert zu verschaffen, wird nun der Anspruch erhoben, die „Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ zu formulieren und umzusetzen. Dabei wendet sich die Kommission von den globalen „Benchmarks“ ab, die noch der Maßstab für die Lissabon-Strategie waren. Stattdessen soll sich Europa in einer autonomen Entwicklung selbst behaupten und auf dieser Basis eine führende Rolle bei der „Gestaltung der künftigen Weltwirtschaftordnung im Rahmen der G-20“ spielen.

Die neue Strategie stützt sich auf drei Elemente: drei „Wachstumprioritäten“ als Zielbeschreibung, fünf „Kernziele“ als messbare Parameter und sieben „Leitinitiativen“ als spezifische Aktionspläne:

Die drei **Wachstumprioritäten** sind:

- Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gründenden Wirtschaft
- Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer emissionsarmen, Ressourcen schonenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft
- Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsniveau sowie sozialem und territorialem Zusammenhalt.

Die fünf **Kernziele** lauten:

- 75 % der Menschen im Alter von 20 und 64 Jahren sollen in Arbeit stehen.
- 3 % des BIP der EU soll in Forschung und Entwicklung (F&E) investiert werden.
- Die „20/20/20“-Klima- und Energieziele müssen verwirklicht werden.
- Der Anteil der Schulabbrecher muss auf unter 10 % zurückgehen, und 40 % der jungen Menschen sollen eine Hochschulausbildung absolvieren.
- 20 Mio. weniger Menschen als bisher sollten von Armut betroffen sein.

Die sieben Leitinitiativen lauten:

1. **Innovationsunion** – Neuausrichtung der F&E- und Innovationspolitik auf die wichtigen Herausforderungen unter Überbrückung der Kluft zwischen Wissenschaft und Markt, damit Erfindungen zu Produkten werden können. Beispielsweise könnte das Gemeinschaftspatent jedes Jahr zu Einsparungen von 289 Mio. EUR für die Unternehmen führen.
2. **Jugend in Bewegung** – Förderung der Qualität und Attraktivität der Europäischen Hochschulen durch Unterstützung der Mobilität von Studenten und jungen Fachkräften. Eine konkrete Maßnahme wäre, in den Mitgliedstaaten ausgeschriebene Stellen in ganz Europa besser zugänglich zu machen, indem berufliche Qualifikationen und Erfahrung in angemessener Weise anerkannt werden.
3. **Digitale Agenda für Europa** – Erzielen nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Vorteile durch einen digitalen Binnenmarkt auf der Grundlage des Hochgeschwindigkeitsinternet. Dieses sollte bis 2013 allen Europäern zugänglich sein.
4. **Ressourcenschonendes Europa** – Unterstützung der Umstellung auf eine ressourceneffiziente und emissionsarme Wirtschaft. Europa sollte seine Ziele für 2020 im Hinblick auf Energieproduktion, -effizienz und -verbrauch einhalten. Auf diese Weise könnten bis 2020 bei Öl- und Gasimporten 60 Milliarden EUR eingespart werden.
5. **Industriepolitik für umweltfreundliches Wachstum** – Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industriestruktur nach der Krise, Förderung des Unternehmergeistes und Entwicklung neuer Kompetenzen. Hierdurch würden Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen.
6. **Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten** – die Voraussetzungen für die Modernisierung der Arbeitsmärkte schaffen, um das Beschäftigungsniveau anzuheben und die Nachhaltigkeit unserer Sozialmodelle in einer Zeit zu sichern, in der die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.
7. **Europäische Plattform gegen Armut** – Gewährleistung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch Unterstützung der armen und sozial ausgegrenzten Menschen, indem sie in die Lage versetzt werden, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Die Implementierung soll von einem effizienten Controlling begleitet werden. Die politische Verantwortung dafür sollen die Staats- und Regierungschefs mit ihrer hohen Autorität übernehmen.

2. Zieht „Europa 2020“ die richtigen Konsequenzen aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie?

von Reinhard Bütikofer MdEP

Dass die Lissabon-Strategie ihr Ziel nicht erreicht hat, liegt auf der Hand. Die EU ist eben nicht zum global wettbewerbsfähigsten Raum geworden. Nicht wenige Kritiker und Kritikerinnen sagen nun der neuen Strategie ein ähnlich erfolgloses Resultat voraus.

Indem sie sich mit den drei Adjektiven „smart, sustainable, inclusive“ terminologisch auf ein qualitatives Wachstum orientiert und Leitziele für die Bereiche Wissen, Öko-Effizienz und Soziales vorschlägt, geht die Strategie „Europa 2020“ weiter als ihre Vorgängerin. Es steht offenkundig noch dahin, in welcher Form die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Leitziele aus der Beschlussfassung im Europäischen Rat hervorgehen werden. Besonders ehrgeizig war der Rat in dieser Frage bisher nicht, sondern er hat gebremst.

Im Bremserhäuschen sitzt der Rat vorläufig auch noch in Bezug auf den zweiten wichtigen Unterschied der Strategie „Europa 2020“ zur Lissabon-Strategie: die Frage der Governance. Der entsprechende Teil des von Kommissionspräsident Barroso präsentierten Vorschlages geht in die richtige Richtung, weil er hier die zentrale Rolle des Europäischen Rates – Chefsache! – mit den neuen Instrumenten der Kommission nach dem Lissabon-Vertrag verbindet.

Dies ist zu begrüßen, denn eine freiwillige Koordinierung, das hat sich gezeigt, reicht für wirkliche Ergebnisse nicht aus.

Im Europäischen Parlament ist der Entwurf der EU-Kommission für „Europa 2020“ teilweise als zu wenig ehrgeizig, um der Probleme Herr zu werden, kritisiert worden. Aber unabhängig von einer Diskussion etwa um die Frage, ob nicht zur Verfolgung von Wettbewerbsfähigkeit zwingend auch ein Leitziel für Rohstoff-Effizienz gehört, muss die politische Debatte insbesondere verhindern, dass der Rat im Juni nur eine verwässerte Fassung der Strategie beschließt.

Für bessere Erfolge als die Lissabon-Strategie müsste die Strategie „Europa 2020“ daher bei den Zielstellungen im Sinne eines qualitativen Wachstums und bei Governance-Vereinbarungen ehrgeiziger und verbindlicher sein als jene der Lissabon-Strategie.

Über „Europa 2020“ wird in den Hauptstädten der Mitgliedsländer entschieden

Das entscheidende Wort zu „Europa 2020“ muss der Europäische Rat sprechen. Er muss dabei mit Weitblick entscheiden, ob er die Ziele setzt und Strukturen schafft, die unser Europa voranbringen. Wenn Europas

Hauptstädte den Karren nicht ziehen wollen, sondern bremsen, wird „Europa 2020“ nichts werden. Danach aber werden die Mitgliedsländer auch für die tatsächliche Durchsetzung der Strategie Initiative zeigen müssen. Wenn wichtige Entscheidungsträger, gerade auch in Deutschland, sich mehr vom Stichwort einer „Wirtschaftsregierung“ abschrecken lassen als die Chancen einer wesentlich engeren wirtschaftspolitischen Kooperation und Integration zu sehen, stockt „Europa 2020“ schon vor dem Aufbruch. In Deutschland kommt dazu, dass das Engagement der Bundesländer für ihre Zuständigkeiten berücksichtigt werden muss und nicht zum Stolperstein für „Europa 2020“ und insbesondere für die sozial- und bildungspolitischen Ziele werden darf.

Deutschland muss daher zu einem politischen Motor der Strategie „Europa 2020“ werden.

Demokratische Beteiligung an Erarbeitung und Umsetzung von „Europa 2020“

Dem Europäischen Parlament hat der Kommissionsentwurf für „Europa 2020“ ungefähr die Rolle von Cheerleaders beim Sport zugewiesen: schön, wenn die das Publikum motivieren, aber beim Spiel selbst sind sie nicht aktiv dabei. Der Europäische Rat hat einige unverbindlich-freundliche Worte über die Einbeziehung der Parlamente gefunden, aber in Deutschland ist davon bisher noch wenig zu spüren gewesen. Ohne systematische und aktive Einbeziehung der Parlamente und der Öffentlichkeit droht aber jede exekutive Verabredung zu einem leblosen Vorhaben zu werden. Das gilt später dann auch für die Umsetzung einer beschlossenen Strategie.

Rat und Kommission müssen daher eine systematische Einbeziehung der Parlamente in Erarbeitung und Umsetzung von „Europa 2020“ gewährleisten sowie die Öffentlichkeit bereits vor der Verabschiedung der Strategie breit an der Diskussion beteiligen.

3. Forderungen an „Europa 2020“ – Ein Überblick

von Dr. Eva Högl MdB

Die Initiative der Europäischen Kommission, nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags eine neue, gemeinsame Strategie für die Entwicklung der Europäischen Union im nächsten Jahrzehnt zu entwerfen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Die wenig erfolgreiche Lissabon-Strategie litt unter zu unverbindlichen Zielen, zu allgemein gehaltenen Formulierungen und der mangelhaften Koordination der Mitgliedstaaten. Eine neue Strategie muss daher mit verbindlich festgelegten Zielen operieren und Verstöße müssen sanktioniert werden. Die enge Abstimmung und Koordination al-

ler Mitgliedstaaten muss bei voller Transparenz sämtlicher Schritte der Planung und Umsetzung der Strategie gewährleistet werden.

Wichtig dabei ist, dass Kritik vom Europäischen Rat auch gehört wird. Das Konsultationsverfahren kann nur der Anfang einer fruchtbaren Diskussion über „Europa 2020“ gewesen sein. Neben den Forderungen nach einer stärkeren sozialen und ökologischen Dimension sowie einer verbindlicheren Sanktionierung wurden auch z.B. die fehlende Berücksichtigung der Landwirtschaft oder der Ernährungssicherheit im Entwurf der Kommission kritisiert. Es ist außerdem zu kritisieren, dass die Zeit für Diskussionen fehlt, da die umfassende Strategie bereits im Juni verbindlich angenommen werden soll und im März nur ein knapper Zeitrahmen für Beratungen zur Verfügung stand. Ein solch straffer Zeitplan widerspricht dem Gedanken einer neuen Strategie, die sorgfältig, ausgewogen, transparent und unter intensiver Einbeziehung der Öffentlichkeit zu Stande kommt. Wünschenswert wären weniger Hinterzimmer und mehr Marktplätze in der europäischen Strategiedebatte.

Doch neben den Schwächen bei der operativen Umsetzung war es insbesondere die zentrale Ausrichtung der alten Strategie, die fehlerhaft war. Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit waren die alleinigen Kriterien, an denen Fortschritt in der Europäischen Union gemessen werden sollte. Dieses Denken ist überholt. Wir müssen uns von überkommenen Wachstumsbegriffen verabschieden, wenn wir Europa erfolgreich aus der Krise steuern und gleichzeitig fit für die Zukunft machen wollen. Wenn die Europäische Kommission von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum spricht, müssen wir sagen, dass Wachstum allein keine Strategie ist.

Die „Europa 2020“-Strategie muss eine Vision für 500 Millionen Europäerinnen und Europäer formulieren. Sie muss das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell für das 21. Jahrhundert weiterentwickeln, die Errungenschaften der Vergangenheit behaupten und gleichzeitig auf die Herausforderungen der Zukunft antworten. Dafür brauchen wir eine Strategie, die neben ökonomischen auch ökologische und soziale Ziele als gleichwertig anerkennt und diese in einem integrierten System aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen umsetzt. Unsere modernen Industriegesellschaften können in einer globalisierten Welt nicht mehr ein Wirtschaftsmodell verfolgen, das auf endlose Ressourcenvorkommen und unendliche Steigerung von Produktionszahlen setzt. Vielmehr brauchen wir ein neues Denken darüber, was Fortschritt in einer Gesellschaft ausmacht und wie wir Erfolg messen. Maßnahmen für gute Bildung und eine effektive Kontrolle der Finanzmärkte, die Verbesserung der Qualität der Arbeit, der Kampf gegen Armut und der Einsatz für die Umwelt müssen gleichberechtigte Bestandteile einer solchen Strategie sein.

Eine erfolgreiche Wirtschaftsstrategie braucht soziale Fortschritte. Menschen, die von ihrer Arbeit leben und ihre Familien versorgen können, die Planungssicherheit haben und sich in ihrer Arbeit wohlfühlen, sind der beste Erfolgsgarant für Unternehmen und Betriebe. Benötigt werden daher konkrete soziale Maßnahmen wie verbindliche Mindestlöhne oder volle Entgeltgleichheit für Frauen und Männer in der gesamten Europäischen Union. Ziel der Politik muss eine Verbesserung der Lebensqualität für alle Europäerinnen und Europäer sein. An erster Stelle muss dabei die Bekämpfung und Vermeidung von Armut stehen. Die EU darf es nicht hinnehmen, dass fast 80 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. Das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist ein Aufruf an Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen. Armutsbekämpfung ist aktive Sozialpolitik zur Verbesserung der Lebensqualität in der Europäischen Union, keine Randnotiz für Sonntagsreden.

Dasselbe gilt für Umwelt-, Klima- und Naturschutz. Nur mit ambitionierten ökologischen Zielvorgaben sind wir in der Lage den Innovationsvorsprung Europas bei erneuerbaren Energien, Umwelttechnik und anderen nachhaltigen Technologien zu erhalten und auszubauen. Neben dem ungeheuren Potenzial für Wachstum und Beschäftigung, das sich hier eröffnet, ist die Umstellung unserer Industriegesellschaften angesichts sinkender fossiler Brennstoffreserven und den Erfordernissen zur Senkung von CO²-Emissionen alternativlos. Daher brauchen wir eine Modernisierung und Umsteuerung traditioneller Industriezweige als Kernelement einer ökologischen Wirtschaftspolitik. Europa muss hier wieder deutlicher Vorreiter sein. Der Erhalt und der schonende Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen in Europa ist zugleich eine moralische Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen.

Nicht zuletzt versetzt ein Erfolg dieser innovativen und integrierten Strategie für nachhaltige Entwicklung Europa in die Lage, im globalen Kontext positive Impulse zu geben. Von internationaler Kooperation in Umwelt- und Klimaschutz bis zur Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung von Menschen- und Bürgerrechten. Wenn der European Way of Life integrierte Gesellschaften in nachhaltigen Wirtschaftssystemen mit hoher Lebensqualität hervorbringt, wird er automatisch zu einem Vorbild in der Welt werden.

Doch zunächst geht es darum, die Europäerinnen und Europäer von einer neuen Strategie zu überzeugen. Das Europäische Parlament und die nationalen Volksvertretungen, Gewerkschaften, Verbände und Unternehmen und die Zivilgesellschaft müssen zusammenarbeiten, um die Strategie „Europa 2020“ zu verwirklichen. Die Akzeptanz und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Europas ist die Grundvoraussetzung für den Erfolg. Mit dem Lissabonner Vertrag können wir in Europa endlich mehr Demokratie wagen. Tun wir es!

Autoren: Dr. Joachim Wuermeling
Reinhard Bütikofer MdEP
Dr. Eva Högl MdB
Mitglieder des Präsidiums der Europa-Union Deutschland
und verantwortliche Sprecher der AG „Europa 2020“

In EUD-konkret werden aktuelle europapolitische Themen von Verbandsmitgliedern behandelt. Für den Inhalt sind die genannten Autoren verantwortlich.

Die Europa-Union ist lokal, regional und national aktiv und vereint 18.000 Mitglieder aus allen Teilen der Gesellschaft. Die Europa-Union tritt seit 60 Jahren für eine weitreichende europäische Integration ein – überparteilich und unabhängig. Als Mittlerin zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen auf allen Ebenen der europäischen Politik engagiert sie sich für ein „Europa der Bürger“, das von einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

© Europa-Union Deutschland e.V. – 16. Juni 2010

www.europa-union.de